

Gran, Johannes Vitéz de Zredna d. Ä. (1408–1472). Ernő Marosi: „Die Corvinische Renaissance in Ungarn und ihre Ausstrahlung in Ostmitteleuropa“ (S. 173–187), lenkt den Blick über die Hofkunst um König Matthias Corvinus als exklusives Vorbild für die Renaissance in Ungarn hinaus auf Einflüsse aus Prag und Krakau. František Šmahel: „Die Anfänge des Humanismus in Böhmen“ (S. 189–214), gelangt über eine erfrischend diskursive Analyse der böhmischen humanistischen Ansätze weit über den deskriptiven Horizont hinaus zu einer geschärften Sichtweise von Humanismus allgemein und der durch Hussitismus bzw. „Doppelglauben“ geprägten Verhältnisse in Böhmen; die dort entwickelte Einstellung zur deutschen Sprache, zum Vorbild Italien und die Vorreiterrolle Mährens für die Einführung der Renaissance in der Zeit des Matthias Corvinus ab 1468 könnten auch neue Anstöße für weitere Forschungen bilden. Peter Wörster: „Breslau und Olmütz als humanistische Zentren vor der Reformation“ (S. 215–227), vergleicht die beiden Städte hinsichtlich der Faktoren Bischof, Domkapitel, städtisches Element und macht nach einem von Johann von Neumarkt vermittelten Vorsprung Mährens bei der Rezeption des Humanismus mit Enea Silvio Piccolomini und Konrad Celtis zwei Promotoren für Humanismus in Mähren und Schlesien gleichermaßen aus; zu einem „geistigen Einklang“ (S. 227) zwischen beiden Regionen war es somit nicht mehr weit. Günter Dippold: „Der Humanismus im städtischen Schulwesen Schlesiens“ (S. 229–244), wendet sich einem klassischen Feld der Humanismus-Forschung zu und kann die sonst meist von der Breslauer Perspektive aus allzu humanismusfreundlich gesehene Bildungslandschaft einer Revision unterziehen: von den Schulen in 76 Städten des Bistums Breslau können nur in fünf Orten (Breslau, Neisse, Schweidnitz, Goldberg, Glogau, daneben Görlitz) Humanisten als Lehrkräfte nachgewiesen werden (die Mehrzahl davon in Krakau ausgebildet). Rainer A. Müller: „Humanismus und Universität im östlichen Mitteleuropa“ (S. 245–272), kommt nach einem Streiflicht auf die Hochschulen in Prag, Krakau und Pécs, Ofen und Preßburg zu einer recht eindeutigen qualitativen Hierarchie, die dem Studium Jagiellonicum in Krakau vor Prag mit seiner konfessionellen Sonderstellung und den ungarischen Kurzzeithochschulen den intensivsten Kontakt mit den *studia humanitatis* bestätigt. Katherine Walsh: „Von Italien nach Krakau und zurück: Der Wandel von Mathematik und Astronomie in vorkopernikanischer Zeit“ (S. 273–300), eruiert zahlreiche Gelehrte, die den Wissenstransfer zwischen der polnischen Hochschule und den italienischen Höfen und Universitäten bewerkstelligten: Gregorius de Nova Villa (= Nowa Wieś bei Krakau) und Martin Bylica de Olkusz noch in den 1460er Jahren sind ebenso zu nennen wie der von Italien aus (z. T. über polnische Italienreisende, z. T. über Wien) wirkende Florentiner Giovanni Bianchini, der die Verbindung Krakau – Padua – Wien pflegende Johannes Schelling aus Glogau, Adalbert de Brudzew und schließlich der in Padua wie Krakau präsente Nikolaus Copernicus – wohlgemerkt, nachdem mindestens seit Laurentius von Ratibor (gest. 1448, also vor dem Siegeszug des Humanismus in Krakau) die Krakauer Astronomie europäisches Spitzenniveau erreicht hatte. Winfried Baumann: „Humanistische Literatur bei Süd- und Westslaven. Ein Überblick“ (S. 301–315), registriert sorgfältig die regionalen und personellen Schwerpunktbildungen in der kroatischen, slowenischen, tschechischen und polnischen Literatur bei der Ausformung des Humanismus. Eine Zusammenfassung der Hrs. g. und ein (die umfangreichen Fußnoten mit erschließendes) vorzügliches Personen- und Ortsregister runden den Band ab.

Konstanz

Thomas Wunsch

Frank Althoff: Untersuchungen zum Gleichgewicht der Mächte in der Außenpolitik Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg (1763–1786). (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 10.) Verlag Duncker u. Humblot. Berlin 1995. 297 S., DM 98,—.

Die vorliegende, als Dissertation bei der Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität eingereichte Arbeit beruht im wesentlichen auf Akten des Geheimen Zivilkabinetts (Rep. 96) im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu Berlin und auf Unterlagen des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Daneben wurden gedruckte Quellen und die einschlägige Fachliteratur herangezogen, leider aber nicht ein direkt das Thema des Autors betreffender Beitrag des Rezensenten¹.

Ausgehend von der Vielfalt und Komplexität des Gleichgewichtsbegriffs in der Frühen Neuzeit, der nach dem Westfälischen Frieden zum festen Bestandteil der europäischen Diplomatie wurde und die Grundlage des Utrechter Friedenssystems (1713) bildete, wendet sich Althoff der Bedeutung des „Balance-Prinzips“ in der Politik Friedrichs des Großen zu. Ihm ist zuzustimmen, daß der Preußenkönig dieses – anders als in den Grundsätzen seines „Antimachiavell“ – weitgehend als propagandistisches Schlagwort benutzte und damit in Wirklichkeit sein Ziel verdeckte, mit den Mitteln des Krieges oder auf dem Vertragsweg seine Territorien zu arrondieren. Hier muß betont werden, daß er damals keineswegs der einzige Fürst in Europa war, der eine derartige Praxis handhabte. Sie gehörte zu den legitimen Mitteln der Kabinettspolitik des 18. Jhs. Besonders deutlich zeigt sich das in der mit der Lösung der Gottorfer Frage verbundenen Argumentation der „Balance du Nord“, die viele europäische Mächte, darunter Preußen, beschäftigte.

A. richtet seinen Blick auf das russisch-preußische Bündnis von 1764, in dem Preußen der Juniorpartner des Zarenreichs war. Abweichend von A.s These, Friedrich habe dadurch Einfluß auf die russische Polenpolitik nehmen wollen, muß festgehalten werden, daß der Preußenkönig die Protektorfunktion des Zarenreichs in der Adelsrepublik nicht in Frage gestellt hat und sich durch das Bündnis mit Petersburg nur Rückendeckung gegenüber Österreich und den Westmächten Frankreich und England verschaffen wollte. Auch nach Bildung der Konföderation von Bar (1768) und dem sich daraus entwickelnden russisch-türkischen Krieg lag die Politik einer Demembrierung Polens für Friedrich noch in weiter Ferne, mußte er sich doch in erster Linie auf die Beseitigung der Schäden in seinem nach dem Siebenjährigen Krieg ausgebluteten Staat beschränken. Für seine Polenpolitik bedeutete das, daß er trotz aller Unberechenbarkeit des Petersburger Hofes diesen nolens volens unterstützen mußte.

Er förderte daher nicht das Lynarsche Projekt einer Annexion polnischer Gebiete durch Rußland, Österreich und Preußen, das bei Katharina und ihrem Minister Panin auf Ablehnung gestoßen war, weil sie Anfang 1769 noch meinten, allein mit den Türken und den Konföderierten fertig werden zu können.

Bedenklicher als die Versuche Rußlands, die polnische Insurrektion mit Waffengewalt niederzuwerfen, erschienen dem Preußenkönig die engen Kontakte Frankreichs mit den polnischen Aufständischen, wobei er sich auch von seinem Mißtrauen gegenüber Stanislaus August Poniatowski und der „Familie“ Czartoryski leiten ließ. Seine Verhandlungen mit Kaiser Joseph II. sollten – hier ist dem Vf. zuzustimmen – nicht nur die Festsetzung der Russen in den Donaufürstentümern, sondern auch eine zum Nachteil Preußens dienende Annäherung Wiens an Petersburg verhindern. Richtig hat A. auch gesehen, daß es sich bei den Sondierungen des Prinzen Heinrich wegen der Verhütung eines drohenden Konflikts Österreichs mit Rußland durch Kompensationen mit polnischen Gebieten um kein abgekartetes Spiel mit Friedrich, sondern um einen Alleingang des Prinzen gehandelt hat. Allerdings hätte deutlicher herausgestellt werden müssen, daß die zunehmende Bereitschaft der Zarin, das bisher besessene Protektorat über die ganze Adelsrepublik zugunsten eines Arrangements mit Preußen und Öster-

¹ STEFAN HARTMANN: Friedrich der Große und die polnische Konföderation von Bar (1768–1772), in: ZfO 44 (1995), S. 159–190.

reich aufzugeben, weniger auf der Absicht beruhte, dadurch doch noch in den Besitz der beiden Donaufürstentümer zu gelangen, sondern vielmehr von der Erkenntnis bestimmt war, daß die Unterdrückung der wie Pilze aus dem Boden schießenden polnischen Konföderationen nur durch den langwierigen Einsatz starker militärischer Kräfte möglich schien.

In der von A. behandelten Vorgeschichte der Ersten Teilung Polens wird der besonderen Bedeutung der Barer Konföderation – auch im Konzept der friderizianischen Politik – nicht Rechnung getragen. Ohne ihre Bildung wäre damals der Teilungsprozeß nicht eingeleitet worden. Rußland hätte seine Protektoratsfunktion in der Adelsrepublik bewahrt und der Ausbruch des Türkenkrieges wäre zumindest verschoben worden. Friedrich stimmte der Annexion polnischer Gebiete erst zu, als er entsprechende Signale aus Petersburg erhielt.

Hervorzuheben ist, daß sich nicht nur Preußen, sondern auch das Zarenreich um eine Integration Österreichs in das Teilungssystem bemüht haben. Friedrich verfolgte damit das Ziel, Österreichs Bindungen an Frankreich zu lockern und eine Allianz beider Mächte gegen seinen Staat zu verhindern. Diesem Zweck dienten auch seine Gleichgewichtsargumente zur Zeit des Bayerischen Erbfolgekrieges und bei der Bildung des von ihm geführten Fürstenbundes. Angesichts der latenten Bedrohung seitens Österreichs blieb das Bündnis Preußens mit Rußland trotz aller Erschütterungen ein funktionaler Bestandteil der friderizianischen Außenpolitik. Wie A. abschließend zu Recht bemerkt, sah Friedrich im Begriff „Gleichgewicht“ nur ein Mittel zur Einflußnahme auf andere Mächte, um die von ihm als „Hauptfeind“ angesehene Habsburgermonarchie an einem Angriff auf Preußen und der Wegnahme Schlesiens zu hindern.

Berlin

Stefan Hartmann

Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens. Teil II/1: Von der Teilung bis zum Schwedisch-Polnischen Krieg 1466–1655. **Teil II/2:** Vom Schwedisch-Polnischen Krieg bis zur Reformzeit 1655–1807. Hrsg. von Ernst Opgenoorth. (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Bd. 10.) Verlag Institut Nordostdeutsches Kulturwerk. Lüneburg 1994–1996. 201, 179 S.

Mit diesem Band eröffnet die Historische Kommission das Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens. Die Entstehung sei, wie der langjährige Vorsitzende der Kommission Udo Arnold, in seinem Geleitwort angibt, dem Umstand zu verdanken, daß seit dem Abschluß der sog. Ostverträge der Bundesrepublik die „Gefahr einer Funktionalisierung der Forschung für politisches Vorgehen“ deutlich abgenommen habe, wodurch die Vorbehalte gegenüber Darstellungen gewichen seien.

Dem anschließenden Vorwort des Herausgebers Ernst Opgenoorth nach ist der Bedarf deswegen besonders groß, weil es für andere deutsche Landschaften bereits seit langem Handbücher gibt. Angestrebt sei ein arbeitstechnisches Hilfsmittel, das an das klassische Werk Bruno Schumachers zur Geschichte Ost- und Westpreußens anknüpft. Das Handbuch habe die Aufgabe, knapp und gerafft über Grundprobleme und -linien zu informieren und Lücken im Kenntnisstand aufzuzeigen. Der Umfang des Gesamtprojektes ist, wie O. weiter schreibt, auf sieben Kapitel in zeitlicher Folge bemessen, die auf drei Bände verteilt sind. Außerhalb der chronologischen Ordnung stehen je ein Kapitel über die Landesnatur bzw. über Volkskunde und Alltagskultur. Die sieben Kapitel sind in die drei Großbereiche Politik mit Verfassung, Verwaltung, Recht und Militär, Wirtschaft mit Gesellschaft und Bevölkerung sowie in religiöses und kulturelles Leben unter Einschluß der Bildung gegliedert. Die weitere Unterteilung ist frei. Innerhalb dieser Feingliederung soll im gegebenen Fall die erforderliche getrennte Behandlung von Ost- und Westpreußen Platz finden. Der Aufbau hat nicht nur die Aufgabe, dem traditionellen Vorrang der Ereignisgeschichte und den leitenden Gesichtspunkten